Wohnrechte stÃ¤rken.

Description

default watermark

Bestehende Wohnrechte anwenden â?? Wohnen als Verfassungsrecht stÃ¤rken

SpÃ¤testens seit Beginn der Industrialisierung ist Wohnraum kostbar geworden. Menschen benÃ¶tigen Wohnraum, mÃ¶glichst in unmittelbarer NÃ¤he ihres Arbeits- oder Studienortes. Die Anzahl der Menschen, die heute gezwungen sind, immer hÃ¶here Anteile ihres Einkommens, oft bis zu 60 Prozent, fÃ¼r Miete auszugeben, steigt stÃ¤ndig. Der Anteil der Miete am Gesamteinkommen der Haushalte ist in den letzten 20 Jahren um mehr als 25 Prozent angestiegen. Um Ã¼berhaupt Miete bezahlen zu kÃ¶nnen, sparen viele an Kleidung, Essen oder an Kultur, BÃ¼chern und FreizeitmÃ¶glichkeiten. GrÃ¼nde fÃ¼r die steigenden Mietpreise sind die Privatisierungen von Wohnungen seit den 1990er-Jahren und die systematische ZerstÃ¶rung des sozialen Wohnungsbaus.

Die NaturFreunde streiten dafÃ¼r, dass Wohnen als Menschenrecht und damit als unverÃ¤uÃ?erliche Leistung der Daseinsvorsorge anerkannt wird. International ist das Recht auf Wohnen in der Allgemeinen ErklÃ¤rung der Menschenrechte von 1948 und in dem von Deutschland ratifizierten UN-Sozialpakt von 1966 (seit 1976 in Kraft) festgeschrieben. Das Menschenrecht auf Wohnen darf nicht den Gesetzen des Marktes unterworfen werden, der Wohnungsmarkt soll vielmehr durch Ã¶ffentliche Unternehmen sozial gestaltet werden. Die NaturFreunde unterstÃ¼tzen Initiativen zur EinfÃ¼hrung eines Mietendeckels sowie zur Rekommunalisierung der WohnungsbaubestÃ¤nde.

Die Verfasser:innen des Grundgesetzes haben ein mÃ¶gliches Konfliktpotential erkannt und in Artikel 13, Artikel 14 Absatz 3 und Artikel 15 Grundgesetz (GG) die Wohnung besonders geschÃ¼tzt, Eigentum einer Sozialpflicht unterworfen und eine Vergesellschaftung von Eigentum ermÃ¶glicht.

Mit den bestehenden Vorschriften wird Ã¼berwiegend nicht der Mensch, sondern die Wohnung als Kapitalanlage und damit die EigentÃ¼mer:innen geschÃ¼tzt. Mieter:innen werden zum Spielball des Gewinnstrebens. Artikel 14 Absatz 3 und Artikel 15 GG werden aus Angst vor Verfassungsklagen nicht oder fast nicht angewendet. Gesetzliche Regelungen wie Wohngeld oder Regelungen im Sozialgesetzbuch (SGB) II lindern meist nur die allerschlimmsten AuswÃ¼chse des bestehenden Gewinnstrebens.

Gerade Menschen mit geringen Einkommen werden aus innerstÃ¤dtischen Wohngegenden, die nah am Arbeits-, Studien- oder Ausbildungsort liegen, verdrÃ¤ngt. Sie geraten damit in eine doppelte Armutsspirale. Preiswerter Wohnraum ist hÃ¤ufig nur im lÃ¤ndlichen Raum zu erhalten, der oft nicht oder nur unzureichend an den Ã¶ffentlichen Personennahverkehr (Ã?PNV) angeschlossen ist. Der (staat- lich gefÃ¶rderte) Ã?PNV wird so zum MobilitÃ¤tsmittel der ohnehin besser Betuchten. Die BevÃ¶lkerung auf dem Land ist wegen fehlendem oder ungenÃ¼gendem Ã?PNV auf den Individualverkehr, der Ã¼berwiegend auf fossilen Antriebsmitteln basiert, angewiesen. Eine sozial-Ã¶kologische Lebensweise ist ihnen so nicht mÃ¶glich.

Wohnungsbestand klimagerecht sanieren

Die NaturFreunde setzen sich fÃ¼r die ErhÃ¶hung der WohnqualitÃ¤t in den Wohnquartieren ein, indem durch eine Aufstockung und Weiterentwicklung der StÃ¤dtebaufÃ¶rderung der Um- und Ausbau der Wohnquartiere hin zu einer sozialen und klimagerechten Stadt gefÃ¶rdert wird. Die StÃ¤dte, Gemeinden und Regionen mÃ¼ssen nach Ã¶kologischen, sozialen und kulturellen BedÃ¼rfnissen der dort Wohnenden umgebaut werden. Bestehende GebÃ¤ude mÃ¼ssen energetisch saniert werden, ohne dass dies zur VerdrÃ¤ngung oder MieterhÃ¶hung fÃ¼hrt.

default watermark

FÃ¼r den Klimaschutz ist die Nutzung der vorhan- denen energetischen Einsparpotentiale im GebÃ¤udebereich entscheidend fÃ¼r die Erreichung der Klimaziele. Aufgrund der bestehenden gesetzlichen Lage wird die energetische GebÃ¤udesanierung dafÃ¼r missbraucht, zum Teil extrem steigende Mieten durchzusetzen, die fÃ¼r viele Mieter:innen zu einer untragbaren Belastung fÃ¼hren. Deshalb lehnen die NaturFreunde alle finanziellen Anreize zur Sanierung von GebÃ¤uden ab, die auf Kosten der Mieter:innen umgesetzt werden. Vielmehr setzen sich die NaturFreunde dafÃ¼r ein, dass Vermieter:innen gesetzlich verpflichtet werden, GebÃ¤ude mit niedrigen Effizienzklassen zu sanieren. Dabei dÃ¼rfen Mietsteigerungen durch die Modernisierungsumlage die Energiekosteneinsparung nicht Ã¼berschreiten.

Bezahlbaren Wohnraum sicherstellen

Faire Vermieter:innen, die Wohnraum deutlich unter der ortsÃ¼blichen Vergleichsmiete anbieten, werden derzeit steuerlich bestraft. Das Finanzamt nimmt fÃ¼r die Besteuerung die erzielbare und nicht die tatsÃ¤chlich erzielte Miete zur Grundlage. Wir NaturFreunde fordern, dass die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums nicht bestraft, sondern belohnt wird. Abgaben, Steuern und GebÃ¼hren sind deshalb an den tatsÃ¤chlichen Mieteinnahmen zu berechnen und nicht auf fiktiv mÃ¶gliche Mieteinnahmen auszudehnen. Wer sozialen Wohnraum schafft, dem muss die MÃ¶glichkeit der GemeinnÃ¼tzigkeit eingerÃ¤umt werden.

Verstehen wir die Wohnung als sozial-Ã¶kologischen Mittelpunkt des Menschen, fÃ¤llt unter diesen Begriff nicht nur die Wohnung im engeren Sinne, wie wir sie heute verstehen. Ein menschenwÃ¼rdiges Leben muss auch am Lebensende gewÃ¤hrleistet sein. Jeder wÃ¼nscht sich, im eigenen Heim im Kreis seiner Familie seinen Lebensabend zu erleben. Durch den Zwang der gesellschaftlichen VerhÃ¤ltnisse sieht die Wirklichkeit aber anders aus. Pflegeheime sind heute meist AbstellrÃ¤ume fÃ¼r die Gepflegten. Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen in der Pflegeversicherung sind unzureichend. Bewohner:innen von Pflegeheimen sind MieterhÃ¶hungen weitgehend schutzlos ausgeliefert, weil eine

Kappungsgrenze fÃ¼r MieterhÃ¶hungen fehlt. Die Gepflegten werden zum Spielball von Pflegeversicherung, Betreiber:innen und Investor:innen.

Wohnungsbestand in die Ã¶ffentliche Hand Ã¼berfÃ¼hren

Die Entwicklungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die VerÃ¤uÃ?erungen von kommunalem Eigentum, wie beispielsweise Immobilien, Wasser- oder Energieversorgern, nur selten die erhofften Effekte hatten: sinkende Aufwendungen und hÃ¶here Investitionen durch die Privatwirtschaft. Stattdessen stiegen die gesellschaftlichen Kosten durch Profitmaximierung und die Kommunen verloren erheblichen Einfluss auf die Entwicklung vor Ort.

Um die SteuerungsmÃ¶glichkeiten auf dem sogenannten Wohnungsmarkt nicht weiter zu reduzieren, dÃ¼rfen VerÃ¤uÃ?erungen kommunaler Wohnungsunternehmen und groÃ?e PortfolioverkÃ¤ufe kommunaler BestÃ¤nde nicht mehr stattfinden. Gleichzeitig mÃ¼ssen im Sinne einer breit aufgestellten Rekommunalisierung WohnungsbestÃ¤nde wieder in den Besitz der Ã¶ffentlichen Hand gelangen. Das Ziel â??bezahlbarer Wohnraumâ?? ist dabei im Zweifel wichtiger als die Unantastbarkeit der ProfitmÃ¶glichkeiten aus geerbtem VermÃ¶gen oder aus AktienvermÃ¶gen. Wie das Beispiel Berlin zeigt, ist die Debatte um Vergesellschaftungen von Wohnungsunternehmen in der Breite angekommen. Diese Anstrengungen sind zu unterstÃ¼tzen und fortzufÃ¼hren, damit langfristig eine Mehrheit der Wohnungen einer gemeinwohlorientierten EigentÃ¼mer:innenstruktur zugefÃ¼hrt werden.

demo watermark

AuÃ?erdem mÃ¼ssen Kommunen auch wieder selbst stÃ¤rker als Bauherr:innen auftreten, um damit den Einfluss von GroÃ?investor:innen zurÃ¼ckzudrÃ¤ngen und jene Projekte vor Ort zu entwickeln, welche auch den BedÃ¼rfnissen der BevÃ¶lkerung entsprechen. DafÃ¼r sind die Mittelzuweisungen von Bund und LÃ¤ndern entsprechend zu erhÃ¶hen und die Kommunen wieder zu befÃ¤higen, selbstbestimmt ihre RÃ¤ume zu gestalten.

Vor allem in den BallungsrÃ¤umen muss ein auf SchÃ¼ler:innen, Auszubildende und Student:innen besonders zugeschnittenes Wohnungsangebot gefÃ¶rdert werden. Sie sind durch hÃ¤ufige UmzÃ¼ge besonders von der steigenden finanziellen Belastung bei Neuvermietungen betroffen. Gleichzeitig beschleunigt diese Fluktuation wiederum den Anstieg der Mieten.

Doch auch auf dem Land wÃ¼rden junge Menschen von mehr WohnheimplÃ¤tzen profitieren. Im lÃ¤ndlichen Raum sind immer grÃ¶Ã?ere Distanzen zwischen Ausbildungsbetrieb, Berufsschule und Wohnort mit einer geringen AusbildungsvergÃ¼tung nicht zu finanzieren.

Die Ausweitung eines bedarfsgerechten Angebotes an gemeinwohlorientierten WohnheimplÃ¤tzen wÃ¼rde dieser Entwicklung zielsicher entgegenwirken. In den StÃ¤dten wÃ¼rden davon nicht nur junge Menschen, sondern auch Familien sehr profitieren, da beide Gruppen um ein Ã¤hnliches Angebot konkurrieren: grÃ¶Ã?ere Wohnungen mit mehreren separaten Zimmern. Der lÃ¤ndliche Raum kÃ¶nnte durch die bessere Vereinbarkeit von Wohnort und AusbildungsmÃ¶glichkeiten fÃ¼r junge Menschen wieder bessere ZukunftsmÃ¶glichkeiten bieten.

Des Weiteren muss die hÃ¤ufig im Mietvertrag zu findende Regelwohnzeit auf die individuell geltende Regelstudienzeit sowie zwei Semester als Puffer erhÃ¶ht werden. Das zu geringe Angebot an WohnheimplÃ¤tzen darf keine Entschuldigung dafÃ¼r sein, Studierende auf die StraÃ?e zu setzen.

Die NaturFreunde fordern deshalb die Bundes- und Landesregierungen auf,

- keine weiteren Privatisierungen kommunalen und Ã¶ffentlichen Wohnraums vorzunehmen,
- bestehende gesetzliche Regelungen zum Schutz von Mieter:innen konsequent anzu- wenden und auszubauen,
- umgehend klare rechtliche Regelungen zum (RÃ¼ck-)Erwerb von Mieteigentum zu schaffen,
- die GemeinnÃ¼tzigkeit fÃ¼r Wohnungsunternehmen wiedereinzufÃ¼hren,
- die Besteuerung auf tatsÃ¤chliche Mieteinnahmen vorzunehmen,
- nicht nur die Wohnung, sondern das Wohnen als Grundrecht in das Grundgesetz aufzunehmen,
- einen flÃ¤chendeckenden, regelmÃ¤Ã?igen und bezahlbaren Ã?PNV auch im lÃ¤ndlichen Raum bereitzustellen,
- Voraussetzungen fÃ¼r menschenwÃ¼rdige und bezahlbare Wohn- und PflegestÃ¤tten zu schaffen,
- zum Ausbau des sozialen Wohnungsbaus die BundesfÃ¶rdermittel auf mindestens sieben Milliarden Euro fÃ¼r die nÃ¤chsten 10 Jahre aufzustocken,
- den Mieter:innenschutz deutlich auszubauen und einen verbesserten KÃ¼ndigungsschutz fÃ¼r die Mieter:innen festzuschreiben,
- Auszubildenden- und Student:innen-Wohn- heime zu unterstÃ¼tzen.

default watermark

Weitere Positionen der NaturFreunde Deutschlands.

Category

1. Ortsgruppe

Date Created
11. Mai 2021
Author
admin